

Ziel: Zehn Prozent mehr Studierende

BÄK-Vize Dr. Montgomery erteilt Landarztquote eine Absage

Tübingen (lure). „Die Zeiten der Ärztelandverschickung sind vorbei.“ Das meint Dr. Frank Ulrich Montgomery, Vizepräsident der Bundesärztekammer. Bei „Medizinstudium 2.0 – Innovationen_Reformen_Perspektiven“ an der Universität Tübingen erhielt er dafür großen Beifall. Und auch die Studierendenauswahl auf Basis der Abi-Noten sieht er kritisch. Vielmehr schlägt er eine Art externes Assessment-Center vor, wie es manche Firmen bei der Auswahl von Bewerbern durchführen.

Der Vormittag war in Tübingen der politischen Diskussion vorbehalten. Und hier spielte die Diskussion um den Ärztemangel eine wichtige Rolle. Dr. Montgomery machte aufmerksam darauf, dass die Zahl der Ärzte sich anders schneller erhöhen lässt als durch eine Erhöhung der Zahl an

Studenten. Dazu gehört es, das Praktische Jahr (PJ) attraktiver zu gestalten. Es geht darum, den „Kulturschock Praktisches Jahr“ zu vermeiden – und darum, dass PJler endlich eine Aufwandsentschädigung erhalten.

Auch Felix Bernhard, Vizepräsident der Bundesvertretung der Medizinstudierenden Deutschland, thematisierte das Praktische Jahr: „Es kann nicht sein, dass ein Student aus Ulm eine Famulatur zwar in Uganda machen kann, aber nicht in München.“ Und auch die Belastung durch die Prüfung nach dem PJ kritisierte Bernhard.

Medizinstudierende gaben in einer Internet-Umfrage ihrem Studium eine schlechte Schulnote von 4,3 für den Erwerb ärztlicher Fähigkeiten, obwohl 90 Prozent das Studium erneut machen würden. Durchgeführt wurde diese

von den Veranstaltern des Symposiums, dem Centrum für Hochschulentwicklung, dem Georg Thieme Verlag und der Universität Tübingen. Den Arbeitsbedingungen gaben demnach 45 Prozent der Teilnehmer die Note „Fünf“ oder „Sechs“. Die Attraktivität des Berufes sinkt mit fortschreitendem Studium. Während 62 Prozent der Antwortenden diese bis zum vierten Semester als gut bewerten, sind es im 11. bis 14. Semester nur noch 48 Prozent. Wie reagiert also die Politik?

„Unser Ziel ist es, die Zahl der Studienplätze um zehn Prozent zu erhöhen.“ Mit dieser Ankündigung ist Annette Widmann-Mauz (CDU), Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, auf einer Linie mit dem FDP-Parteitag, der das gleiche Ziel formulierte.

In Tübingen waren die Befürchtungen groß, dass die zu-

sätzliche Studienplätze unterfinanziert sein könnten. Widmann-Mauz versuchte zu beruhigen, Bundesgesundheitsministerium und -forschungsministerium würden ein Paket schnüren, das die Finanzierung sicherstelle.

Rüdiger Strehl, Generalsekretär des Verbandes der Universitätsklinik Deutschlands (VUD), sah die Gefahr, dass für die Lehre gedachtes Geld in die Krankenversorgung abfließen könnte. Er warb daher für eine Trennungsrechnung, Geld in Forschung, Lehre und Krankenversorgung fließe.

Klar sollte sein, dass eine steigende Zahl Studierender nicht dazu führen darf, dass Qualität und Attraktivität des Studiums sinken. Die MBZ wird über die vorgestellten Vorbilder später berichten. Ziel muss ein Mehr an guten Ärzten und nicht an Studienabbrechern bleiben.